

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Altersarmut verhindern - die Rentenberechnung endlich angleichen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat bis zum Termin der Bundestagswahl im September 2013 dafür einzusetzen, dass der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen wird, bei Beibehalt der höheren Gewichtung der in der DDR erworbenen Rentenentgeltpunkte.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Die unterschiedliche Festlegung von Rechengrößen und Verfahrensweisen im Rentenrecht wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als ungerecht empfunden. 22 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die gesetzliche Altersrente für Menschen mit durchschnittlichem Verdienst und 45 Arbeitsjahren in Ostdeutschland um rund 140 Euro niedriger als in Westdeutschland.

Die Fraktionen der CDU, CSU und der FDP auf Bundesebene haben sich unter Punkt 8 ihres Koalitionsvertrages die Aufgabe gestellt, in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen. Konkrete Vorschläge sind bisher jedoch ausgeblieben. Indem die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat tätig wird, erfüllt sie Punkt 282 der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU für die 6. Wahlperiode.